

# **Bericht des Bundesrates**

vom 7. März 2014

**über Motionen und Postulate der  
gesetzgebenden Räte im Jahr 2013**

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2009 P 08.3244      Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen. Gleichbehandlung  
(N 18.3.09, Sozialdemokratische Fraktion) – vormals ESTV

Mit diesem Postulat wird der Bundesrat eingeladen, dem Parlament einen Bericht zur Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen gegenüber anderen Staaten vorzulegen. Darin soll aufgezeigt werden, inwieweit die Gleichbehandlung aller Staaten gewährleistet ist und, gegebenenfalls, mit welchen Massnahmen eine solche Gleichbehandlung sichergestellt werden kann. Insbesondere soll in diesem Bericht auch die geltende Praxis der schweizerischen Amts- und Rechtshilfe gegenüber den USA dargelegt werden.

Der Entscheid des Bundesrates vom 13. März 2009, im Bereich der Amtshilfe in Steuersachen den Standard von Artikel 26 des OECD-Musterabkommens zu übernehmen und den schweizerischen Vorbehalt gegenüber dieser Bestimmung zurückzuziehen, hat eine immer noch laufende Phase von Abkommensverhandlungen mit zahlreichen Staaten ausgelöst.

Der Bundesrat hat in Erfüllung des Postulats den Bericht «Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen. Gleichbehandlung» am 18. Dezember 2013 verabschiedet ([www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch) > Dokumentation > Berichte > Berichte).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2010 P 10.3629      Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA  
(2) (S 15.9.10, Geschäftsprüfungskommission SR 10.054)

2010 P 10.3390      Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA  
(2) (N 9.12.10, Geschäftsprüfungskommission NR 10.054)

Der Bundesrat hat am 10. Oktober 2012 in Erfüllung der Postulate den Bericht «Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA» verabschiedet ([www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch) > Dokumentation > Berichte > Berichte des EFD vom Oktober 1997 bis Ende 2012).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2011 M 10.3517      Dringende Umsetzung von Empfehlung 19 des GPK-Berichtes vom 30. Mai 2010 (S 15.9.10, Graber Konrad; N 1.3.11)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, alles im Rahmen seiner rechtlichen und politischen Möglichkeiten Stehende zu unternehmen, dass die vom SNB-Stabilisierungsfonds (StabFund) übernommenen UBS-Aktiven erst nach vollständiger Erfüllung von Empfehlung 19 des Berichts der Geschäftsprüfungskommissionen vom 30. Mai 2010 «Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA» (BBl 2011 3099) an die UBS zurückgeführt werden. Die UBS hat mit Kaufvertrag vom 7. November 2013 den StabFund erworben.

Der Bundesrat beantragt die Abschreibung der Motion.

2011 P 11.3607      Überweisung der Quellensteuer bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern (N 30.9.11, Robbiani)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen kurzen Bericht zu erstellen, in dem er synoptisch die verschiedenen Abkommen zur Regelung der Quellenbesteuerung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie die möglichen Entwicklungsaussichten dieser Abkommen aufzeigt. Zudem ist der Bundesrat eingeladen, denkbare Ausgleichsmassnahmen für die Kantone, die einen grösseren Teil der Steuereinnahmen übertragen müssen, vorzuschlagen.

Am 13. Dezember 2013 hat der Bundesrat in Erfüllung des Postulats den Bericht «Überweisung der Quellensteuer bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern» verabschiedet ([www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch) > Dokumentation > Medieninformationen).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2011 M 10.3915      Die Schweiz und die US-Gesetzgebung FATCA (S 14.3.11, Briner; N 21.12.11)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, technische Fragen der Umsetzung der US-FATCA-Gesetzgebung mit den betroffenen Branchen zu koordinieren und mit den zuständigen US-Behörden mögliche Verhandlungen für Rahmenbedingungen aufzunehmen. Der Bundesrat soll zudem sicherstellen, dass die für die Einhaltung der FATCA-Gesetzgebung notwendigen Bestimmungen im internen Recht bereitgestellt werden.

Die Schweiz hat als eines der ersten Länder mit den zuständigen US-Behörden Verhandlungen über ein FATCA-Abkommen aufgenommen und dieses am 14. Februar 2013 unterzeichnet. Am 10. April 2013 hat der Bundesrat dem Parlament das Abkommen sowie ein Umsetzungsgesetz mit einer Botschaft unterbreitet (BBl 2013 3181). Die eidgenössischen Räte haben am 27. September 2013 das Gesetz und den Bundesbeschluss angenommen (BBl 2013 7377 und BBl 2013 7401).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

### **Eidgenössische Finanzverwaltung**

2011 P 10.4022      Bericht über die Schuldenbremse (N 18.3.11, Graber Jean-Pierre)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Schuldenbremse zu erarbeiten und darin insbesondere die Vor- und Nachteile der Fiskalregel, die Methodik zur Festlegung des Konjunkturfaktors sowie die Zweckmässigkeit einer allfälligen Anwendung der Schuldenbremse auf bestimmte Aufgabengruppen zu beurteilen. In seiner Stellungnahme zum Postulat hat sich der Bundesrat bereit erklärt, die Erfahrungen mit der Schuldenbremse zu evaluieren.

Der Bundesrat hat den Bericht «Die Schuldenbremse des Bundes: Erfahrungen und Perspektiven» am 29. November 2013 verabschiedet ([www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch) > Dokumentation > Medieninformationen). Der Bericht kommt zum Schluss, dass sich die Ausgestaltung des Regelwerks bewährt hat. Aus Sicht des Bundesrates besteht kein Anlass zur Änderung einzelner Regelungen. Dies trifft insbesondere auch auf die Methodik zur Berechnung des Konjunkturfaktors zu; die Analyse zeigt, dass dieser ein realistisches Abbild der konjunkturellen Entwicklung wiedergibt. Der durchschnittliche Prognosefehler beträgt im beobachteten Zeitraum

### Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

|                |                                                                                                                                                                                                      |
|----------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2000 P 00.3103 | Schaffung von Schiedsverfahren zum Interessenausgleich zwischen Schuldnerländern und Gläubigern (N 4.10.00, Eymann)                                                                                  |
| 2007 M 06.3540 | Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (S 8.3.07, Lombardi; N 25.9.07)                                                                                                 |
| 2007 P 06.3570 | Benachteiligung des international tätigen Schweizer Flugpersonals (N 1.10.07, Kaufmann)                                                                                                              |
| 2009 P 08.3244 | Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen. Gleichbehandlung (N 18.3.09, Sozialdemokratische Fraktion)                                                                                                    |
| 2010 M 09.3361 | Doppelbesteuerungsabkommen. Konsultation der Aussenpolitischen Kommission (N 23.9.09, Aussenpolitische Kommission NR; S 17.3.10)                                                                     |
| 2010 P 10.3629 | Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA (2) (S 15.9.10, Geschäftsprüfungskommission SR 10.054)                                                |
| 2010 P 10.3390 | Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA (2) (N 9.12.10, Geschäftsprüfungskommission NR 10.054)                                                |
| 2011 M 10.3517 | Dringende Umsetzung von Empfehlung 19 des GPK-Berichtes vom 30. Mai 2010 (S 15.9.10, Graber Konrad; N 1.3.11)                                                                                        |
| 2011 P 10.4061 | Revision des Geldwäschereigesetzes (N 18.3.11, Wyss Brigit)                                                                                                                                          |
| 2011 M 09.3147 | Bankgeheimnis. Gleich lange Spiesse (N 7.3.11, Fraktion CVP/EVP/glp; S 21.9.11; Abschreibung beantragt BBl 2013 6309)                                                                                |
| 2011 M 11.3157 | Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Wogen glätten (N 17.6.11, Cassis; S 21.9.11)                                                                                                           |
| 2011 P 11.3607 | Überweisung der Quellensteuer bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern (N 30.9.11, Robbiani)                                                                                                            |
| 2011 M 10.3915 | Die Schweiz und die US-Gesetzgebung FATCA (S 14.3.11, Briner; N 21.12.11)                                                                                                                            |
| 2011 P 11.4033 | Ein Insolvenzverfahren für Staaten (S 20.12.11, Gutzwiller)                                                                                                                                          |
| 2012 M 11.3750 | Neuverhandlung der Grenzgängervereinbarung mit Italien (S 21.9.11, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 12.3.12)                                                                              |
| 2012 P 12.3513 | Roadmap für einen wettbewerbsfähigen Finanzmarkt unter geänderten Rahmenbedingungen (N 28.9.12, Leutenegger Oberholzer)                                                                              |
| 2013 P 13.3008 | Entwicklungspolitische Implikationen von DBA und TIEA (N 5.3.13, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)                                                                                           |
| 2013 P 12.4204 | Steuerliche Privilegien und staatliche Hilfen für juristische Personen in Ländern, die mit der Schweiz in Verhandlungen stehen. Das Gegenrechtsprinzip muss eingehalten werden (S 11.3.13, Fournier) |
| 2013 P 12.4016 | Welchen Mehrwert haben Schweizer Beiträge zum IWF? (N 22.3.13, Grüne Fraktion)                                                                                                                       |
| 2013 P 11.4185 | Weniger Risiken durch ein Trennbankensystem. Bericht (N 9.9.13, Fraktion SP)                                                                                                                         |
| 2013 P 12.3099 | Strategie betr. EU Regulierungsvorhaben MiFID II/MiFIR und AIFMD (N 9.9.13, Aeschi Thomas)                                                                                                           |
| 2013 P 13.3651 | Einschränkung der Abhängigkeit der Schweiz vom amerikanischen Finanzsystem (S 23.9.13, Recordon)                                                                                                     |
| 2013 P 13.3687 | Die Risiken der Online-Währung Bitcoin evaluieren (N 13.12.13, Schwaab)                                                                                                                              |
| 2013 13.3701   | Berücksichtigung staatlicher Beihilfen durch Drittländer bei internationalen Verhandlungen der Schweiz (N 13.12.13, Feller)                                                                          |

### Eidgenössische Finanzverwaltung

|                |                                                                                                                                    |
|----------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2003 P 03.3071 | SAir Group. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen (N 20.6.03, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)                       |
| 2003 P 03.3155 | Swissair-Bericht von Ernst & Young. Rechtliche Konsequenzen (N 20.6.03, Leutenegger Oberholzer)                                    |
| 2005 M 04.3811 | Überprüfung des Aufgabenportfolios des Staates (S 14.3.05, Altherr; N 2.6.05; Abschreibung beantragt BBl 2013 823)                 |
| 2005 M 04.3810 | Überprüfung des Aufgabenportfolios des Staates (N 2.6.05, Favre; S 28.9.05; Abschreibung beantragt BBl 2013 823)                   |
| 2006 P 05.3783 | Prioritätensetzung und Aufgabenverzicht (N 24.3.06, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt BBl 2013 823) |
| 2006 M 05.3287 | Konkretisierung finanzpolitisch wichtiger Strukturreformen (S 8.12.05, Lauri; N 21.6.06; Abschreibung beantragt BBl 2013 823)      |
| 2006 P 06.3331 | Bericht über die Privatisierungen von Fernmeldeunternehmen in Europa (N 6.10.06, Christlichdemokratische Fraktion)                 |
| 2007 P 06.3636 | Fragen zur Weiterentwicklung des Swisscom-Dossiers (N 23.3.07, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)                       |
| 2007 M 06.3306 | Sicherstellung der Grundversorgung durch eine schweizerisch beherrschte Swisscom (S 5.10.06, Escher; N 4.10.07)                    |
| 2008 P 08.3347 | Effizienzgewinne durch Aufgabenteilung (S 30.9.08, Maissen)                                                                        |